Bezugspreise: In Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 M.k. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133. der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Nr. 158. Halle, Mittwoch, den 6. April 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Vor der Revolution in England?

er. Aus Amsterdam, 5. April, berichtet ein Mitarbeiter, der über die Lage in England ständig auf dem Laufenden gehalten wird: In dem neuen englischen Riesenstreik fällt Mittwoch die Entscheidung, wenn die Eisenbahner, wie vorauszusehen, den Beschluß fassen, dem Ausstand der Grubenarbeiter beizutreten. Denselben Schritt werden die Dockarbeiter tun. Der bekannte Dreiverband der Gewerkschaften ist dann wieder einmal mobil und steht im Kriege mit dem Staat und der Gesellschaft. Der gewaltige Ausstand unterscheidet sich von allen anderen Kämpfen der letzten Jahre und des Krieges dadurch, daß er nicht höhere Löhne, nicht kürzere Arbeitszeit zum Ziele hat, sondern die Erhaltung des Bestehenden. Das Bestehende aber ist die staatliche Regelung der Löhne und des Unternehmergewinns. Und schon milden sich revolutionäre Strömungen, die diesen teilweisen Staatsbetrieb zur vollständigen Nationalisierung ausrufen möchten. England steht tatsächlich dem sozialen Umsturz näher als je. Wie kam es zu dieser gefährlichen Lage? Der Krieg hatte den Bergwerken die Regierungskontrolle gebracht. Im Jahre 1916 übernahm der Staat die Kohlenwirtschaft Englands, versprach den Arbeitern den Einheitslohn und den Besitzern der Bergwerke eine bestimmte Verzinsung auf Grund des Gewinnes von 1913. Als die Arbeitsleistung infolge der garantierten Besoldung nachließ, wurde ein Prämiensystem eingeführt. Das half. Aber kein Kraut war gewachsen gegen das Sinken der Kohlenpreise. Die Regierung griff mit ihren Verpflichtungen in die Klemme. Seit Anfang dieses Jahres mußte sie monatlich 50 Millionen Pfund zubuttern, um einerseits das System des Einheitslohnes, andererseits die Garantie des Mindestgewinnes für die Kohlenbarone aufrecht, beide Parteien also bei guter Laune zu erhalten. Da es aber in England, genau wie im besiegten Deutschland, nur noch eine Parole der öffentlichen Meinung für den Staat gibt, nämlich Sparen, kündigte die englische Regierung ihre Aufsicht und Garantie zum 31. März. Am 1. April war der Streik da. Die Verhandlungen, die dem Streik vorangingen, wurden nicht mit dem sonst üblichen Eifer geführt. Man war auf beiden Seiten abgestumpft. Man hatte sich ja auch gegenseitig nichts anderes vorzuwerfen, als daß es der Gegenpartei bisher viel zu gut gegangen sei. Die Regierung mit ihrer Kündigung war ja schuld. Aber auch diese hatte sozusagen ein schlechtes Gewissen und hielt sich zurück. Sollten doch die beiden Parteien, von denen sie ihre Hand abgezogen hatte, untereinander fertig werden. Der Handelsminister Robert Horne, der sich bisher in der Beilegung sozialer Streitigkeiten als sehr geschickt erwiesen hatte, versagte gegenüber den Bergarbeitern. Er wurde in das Amt des Schatzkanzlers versetzt und fiel damit, als Freund Lloyd Georges, die Treppe hinauf. Lloyd Georges selbst spielte den Jupiter, der mit verschränkten Armen der Entladung der Parteien zusieht. Was sagen die Besitzer? Was sagen die Arbeiter? Die Besitzer behaupten, daß sie infolge des mangelnden Absatzes, d. h. infolge der riesenhaft gewachsenen Konkurrenz — Frankreich verkauft ja die aus Deutschland erpreßte Kohle billig nach Holland und Belgien — mit Unterbilanz arbeiten. Sie setzen an der Tonne bis zu 16 Schilling zu! „Wenn die Regierung die Verluste nicht deckt, sind wir bankerott." Nach Ansicht der Bergherren gibt es, da die Regierung versagt, nur einen Ausweg: Abbau der Löhne. Die jetzigen Löhne seien eine Folge der Lebensmittelpreise des Krieges und heute in England nicht mehr gerechtfertigt. In anderen Industrien seien doch die Lohntarife bereits nach den Kosten der Lebenshaltung eingerichtet. Warum nicht im Bergbau? Die Arbeiter lassen diese Argumente natürlich nicht gelten. Ja, gewandt wie die englischen Gewerkschaften in der Taktik von jeher waren, stellen sie sich angesichts der Haltung der Arbeitgeber auf den Standpunkt, daß kein Streik vorliege, sondern eine Aussperrung auf Seiten der Grubengesellschaften. Der praktische Wert dieser Auslegung wäre, daß zu den Streikgeldern auch noch die Arbeitslosenunterstützung des Staates treten muß. Aber Lloyd George, der seine Leute kennt, wird diesem Manöver gewachsen sein. Dieser alte Syndikalist läßt sich kein X für ein U vormachen. Ob er aber den politischen Forderungen der Arbeiter Widerpart halten kann? Die Arbeiter verlangen ein „Nationales Lohnamt" (National wage board). Dieses Lohnamt soll die Löhne regeln und den Schwachen Gruben aus den Erträgnissen der starken aufhelfen. Das wäre aber doch nichts anderes als die Nationalisierung nach dem Vorbild des Bolschewismus, zumal die Arbeiter dabei auf der gegenwärtigen Lohnhöhe und dem einheitlichen Minimallohn bestehen bleiben. Lloyd George kämpft hier nicht mehr mit kleinen wirtschaftlichen Differenzen, sondern mit einem politischen und sozialen Ansturm von größter Tragweite, und man kann es begreifen, daß er in letzter Stunde Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hat, um dieser Streikrevolution Herr zu werden.

Amerika gegen den Versailler Frieden.

Die englischen Blätter melden aus Washington, daß in einer Unterredung mit Journalisten Präsident Harding der Ueberzeugung Ausdruck gab, es gebe keinen praktischen Weg, auf dem die Regierung die Ratifikation des Versailler Friedensvertrages in Betracht ziehen könne, aber es liege keine Notwendigkeit für ein überstürztes Vorgehen bezüglich der Entschließung Knox vor. Er sehe keinen Grund, die Haltung zu ändern, die er eingenommen habe, als er für die Entschließung stimmte

In Besprechung der Antwort der amerikanischen Regierung auf das deutsche Memorandum in der Reparationsfrage schlägt „New York Herald" vor, da Dr. Simons Deutschlands Reparationspflicht anerkannt habe und Hughes über dies unzweideutige Zugeständnis erfreut sei, sollte eine dritte Partei als Schiedsrichter fungieren, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu bestimmen.

Wie Pertinax im „Echo de Paris" mitteilt, hat die amerikanische Regierung vorgestern Frankreich, England und Italien eine Note zugehen lassen, in der bestätigt wird, daß die Vereinigten Staaten durch keine Entscheidungen gebunden seien, die durch den Vertrag von Versailles, durch den Obersten Rat oder durch den Völkerbund getroffen worden sind. Pertinax fügt hinzu, daß diese Note veröffentlicht werde, sobald sie den Regierungen zugegangen sei, und betont die außerordentliche Bedeutung dieser Note.

Hardings außenpolitisches Programm.

Präsident Harding hat, wie aus unterrichteten Kreisen verlautet, nunmehr endgültig das Programm für die nächsten Kundgebungen der amerikanischen Außenpolitik bestimmt. Dieses Programm weist folgende Punkte auf:

1. Erledigung der Friedensresolution Knox zur Herstellung eines Sonderfriedens mit Deutschland.
2. Keine Ratifikation des Vertrages von Versailles.
3. Kein Anschluß der Vereinigten Staaten an den gegenwärtigen Völkerbund.
4. Unterstützung der Alliierten in der Forderung, Deutschland für den Weltkrieg verantwortlich zu erklären.
5. Keine bindende Zusage einer politischen oder militärischen Allianz mit Europa, jedoch im Rahmen der Knox-Resolution die Abgabe der Erklärung, daß die Vereinigten Staaten durch eine Bedrohung des europäischen Friedens gleichzeitig den eigenen Frieden und die eigene Freiheit bedroht erachten würden und bestrebt sein werden, Mittel ausfindig zu machen, eine derartige Drohung zu verhüten.
6. Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland und Oesterreich sowie Einleitung von Verhandlungen zur Erzielung neuer Abkommen gegenseitiger freundschaftlicher Beziehungen des Handels.
7. Aufrechterhaltung aller Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Wiedergutmachungen und Vorteile, zu denen die Vereinigten Staaten durch den Waffenstillstand berechtigt sind.
8. Zurückhaltung des deutschen Eigentums, soweit es am 6. April 1917 oder später beschlagnahmt wurde, bis der Kongreß darüber verfügt hat.

Hardings Antwort an Viviani.

Die „Morning Post" meldet aus Washington, es sei Viviani klargelegt worden, daß es im Interesse Frankreichs liege, wenn die Vereinigten Staaten einen baldigen Frieden mit Deutschland schließen, da Frankreich vor allem die deutsche Entschädigung brauche und Deutschland seine Reparationen nicht bezahlen könne, wenn man nicht einigermaßen zu normalen Zuständen zurückkehre, und daß der deutsch-amerikanische Friede zur Herstellung dieser Lage von großem Nutzen sein wird; denn wenn der Friede wiederhergestellt sein werde, könne Deutschland in den Vereinigten Staaten Kredite und Rohstoffe erhalten und könne dann an die Arbeit gehen und daran denken, Frankreich zu bezahlen. „Morning Post" sagt, Viviani sei nicht allzusehr darüber erfreut, daß Deutschland in die Lage gesetzt wird, Kredite in den Vereinigten Staaten zu bekommen, da er der Ansicht sei, daß diese Folgerungen nur zum Vorteil Deutschlands in den Vereinigten Staaten seien, aber keinen Vorteil für die Alliierten ergeben würden. Viviani kann natürlich nichts tun. Deutschland wird, so sagt die „Morning Post", keine Regierungsanleihe von den Vereinigten Staaten erhalten, aber die Möglichkeit bestehe, die direkten Regierungsunterstützungen durch die War Finance Corporation zu erhalten, die ein Teil des Schatzamtes sei und Banken sowie andere Interessengruppen in Deutschland finanzieren könne, um für langfristige Kredite Kupfer, Baumwolle und andere von Deutschland benötigte Rohstoffe zu verkaufen. Dies werde auch geschehen. Die „Morning Post" meldet, daß Präsident Harding bei der am nächsten Montag stattfindenden Eröffnung des Kongresses in seiner Eröffnungsrede ein Requiem über den Völkerbund halten werde. Dieser sei tot, soweit die Vereinigten Staaten in Betracht kämen, und die Regierung sei nicht abgeneigt, diese Tatsache der Welt offen zur Kenntnis zu bringen.

Eine Rede Briands im Senat.

In der gestrigen Nachmittagssitzung des französischen Senats wurde das Budget für auswärtige Angelegenheiten beraten. Der Royalist Gaudin de Villaines behauptet, Reichsminister Simons habe in London nur Sanktionen hervorrufen wollen, damit Deutschland eine dreimonatige Atempause bekomme. Warum habe man nicht das Ruhrgebiet und Frankfurt besetzt? Weil die kosmopolitische Hochfinanz sich dem widersetzt habe.

Hierauf ergriff Ministerpräsident Briand das Wort. Die Regierung befinde sich vor Schwierigkeiten aller Art und müsse sie zu lösen suchen. Das Problem, das erwartet werde, sei das der Lage Frankreichs gegenüber Deutschland. Wenn Frankreichs finanzielle Situation ernst sei, so sei das eine Folge des aberdaß Zustandes der siegreichen Nation, die bei dem schlechten Willen ihres Schuldners gezwungen sei, die Lasten aufzubringen, die diesem zufielen. Zwei Jahre hindurch habe Frankreich einen beruhigenden Geist des Entgegenkommens gezeigt. Als es sich darum gehandelt habe, die Zahlungsmöglichkeiten Deutschlands festzustellen, habe man sich nicht geweigert, zu diskutieren. Als die Alliierten den Wunsch gehabt hätten, die Geschäfte wieder aufzunehmen, hätte man nach allen Möglichkeiten gesucht, um ein für alle Mal die Schwierigkeiten der Stunde zu überwinden, trotz der Gefahr der Verhandlungen. Angesichts der Haltung Deutschlands seien die Unterredungen eingestellt worden. Vorübergehende Mißstimmungen unter den Alliierten seien gekommen. Deutschland habe versucht, sie zu vergrößern. Aus der Pariser Konferenz aber hätten die Alliierten den Schluß gezogen, daß eine Einigkeit geschaffen werden müßte. Wegen der höhnischen Angebote Deutschlands sei ein Bruch unvermeidlich geworden. Der Vertrag von Versailles existiere für die Ausführung, aber die drei Großmächte müßten sich verständigen. Wenn diese Verständigung nicht bestehe, dann könne der Vertrag nicht in Kraft treten. Die Politik Frankreichs müsse eine Politik sein, die hinter der der anderen herlaufe. Frankreich habe sein Wort gegeben und auch seine Unterschrift; es müsse sie halten. Die Politik, die er betreibe, sei die einzig richtige. Frankreich müsse die Möglichkeit haben, zu verlangen, daß die anderen ihm gegenüber ihr Wort halten, wie Frankreich es ihnen gegenüber tue. Welches sei die Lage nach dem Bruch von London. In Spa und in Paris habe man ein Abkommen getroffen. Da dieses zurückgewiesen sei, bestehe nur noch der Vertrag von Versailles. Danach sei es so, daß die Reparationskommission wieder Deutschland die Zahlungen zu nennen habe, die es zu entrichten habe. Ministerpräsident Briand sprach alsdann von den Sanktionen. Der Zolltarif am Rhein sei nunmehr aufgestellt. Die neuen militärischen Stellungen gestatten die Kontrolle über die Kohlenausfuhr aus dem Ruhrgebiet. Der Gläubiger habe das Recht, Zwangsmaßnahmen auszuführen. Deutschland habe sich nicht des Vertrags bedient um die Alliierten zu verhindern, vor dem 1. Mai zu verhandeln. Wenn dieser Verfalltag verstrichen sei, dann kehre man zum gemeinen Recht zurück. Er erklärte offen, daß er sein Ziel nicht aus den Augen verlieren werde. Wenn Deutschland versuche, sich noch seinen Verpflichtungen zu entziehen, dann werde eine starke Hand auf Deutschland niederfallen. (Lebh. Beif.) Deutschland versuche immer noch List anzuwenden. So habe es gesehen, daß ein Verbündeter, vorübergehend bei Seite stehe. Es habe deshalb bei ihm Propaganda getrieben, die würdig sei seiner Schwerfälligkeit und der Mißachtung, die es gegen andere Nationen habe. Aber Amerika habe die Wahrheit begriffen. Es habe erklärt, es stelle mit Vergnügen fest, daß Deutschland den guten Willen habe, seine Schuld zu bezahlen, weil es für den Krieg verantwortlich sei. 50 Jahre hindurch habe Deutschland die Macht bewundert, und nachdem es seine Truppen mit Musik an der Spitze habe zurückkehren sehen, habe es geglaubt, es sei ein Opfer des Hungers und des bösen Geschicks geworden, sei aber nicht besiegt. Jetzt aber sehe es, daß fremde Truppen auf seinem Gebiet vormarschieren, und es bemerke, daß sich tatsächlich seit 1871 etwas geändert habe. Alles, was Deutschland besitze, garantiere die Schulden. Sollten etwa diejenigen, die Frankreich Geld geliehen hätten, damit es sich verteidigen könne, nicht bezahlt werden, während diejenigen, die Deutschland Geld geliehen hätten, inzwischen bezahlt würden? (Lebh. Beif.) Man werde Zwang anwenden, von dem auch die deutschen Großindustriellen nicht ausgeschlossen sein würden. Ein Teil der deutschen Bodenreichtümer müsse zur Zahlung herangezogen werden. Allerdings verstecke Deutschland seine Hilfsquellen. Der entscheidende Augenblick nahe heran, in dem Frankreich im Einverständnis mit seinen Verbündeten fest entschlossen sei, das letzte Wort zu haben. Er beglückwünsche sich dazu, daß Frankreich bis jetzt Beweise von Geduld gegeben habe. Die Zwangsmaßnahmen seien mit Maß ausgeführt, aber mit der Sicherheit, die das gute Recht und das Vertrauen in die Zukunft gebe. Er bekläge das deutsche Volk. Es werde aber in Kürze erfahren, daß das Recht auf Seiten der Alliierten stehe, und daß man entschlossen sei, zu seiner Forderung zu gelangen, wenn nötig, mit Gewalt. Briand antwortete dann den verschiedenen Interpellanten, die zu Beginn der Sitzung zu Worte gekommen waren. Er sprach zunächst von den Beziehungen zu Sowjetrußland. Er glaube nicht, daß man mit einem juristisch nicht anerkannten Staat einen Vertrag abschließen könne. Rußland sei ein desorganisiertes Land ohne Transportmittel. Der Standpunkt Amerikas nähere sich dem Frankreichs. Er werde der Anregung näher treten, ob man nicht gemeinsam mit den Vereinigten Staaten handeln könne. Schließlich sprach Briand noch von der Stellung Frankreichs im Orient. Er habe immer die Ansicht vertreten, daß die moralische Macht Frankreichs ihm Rechte zuerkenne und ihm Pflichten auferlege. Hinsichtlich der Verwaltung in Syrien werde er sich der Anregung des Senators Jonnart bedienen. Zum Schluß kam Briand auf das Abenteuer des Exkaisers Karl zu sprechen. Es handele sich darum, Verpflichtungen zu erfüllen, die man gegenüber Italien der Tschechoslowakei und Südslawien übernommen habe. Die Rückkehr des Kaisers hätte zum Blutvergießen Anlaß geben können, und das allein rechtfertige die Haltung Frankreichs. Auch das Vorgehen Griechenlands bedauert Briand. Griechenland habe man klar zu verstehen gegeben, welche Gefühle man habe. Man habe freundschaftliche Gefühle gegen das Volk und wolle ihm das Recht geben, seinen Willen hinsichtlich des Monarchen frei zu äußern. Das Vorgehen Frankreichs in der Orientfrage habe aber den Griechen bewiesen, daß Frankreich seine gekränkten Rechte wahren wolle. — Der Senat vertagte dann die Weiterberatung des Budgets für auswärtige Angelegenheiten auf Mittwoch nachmittag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210406039/fragment/page=0001

Ausklänge des Aufruhrs.

In Hamburg begannen gestern die ersten Verhandlungen des außerordentlichen Gerichts gegen die an den Unruhen in Hamburg beteiligten Personen. Ein 20jähriger Maschinenbauer, der auf dem Dache des Direktionsgebäudes der Werft Blohm u. Voß die rote Fahne gehißt hatte, wurde zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Frau erhielt 3½ Jahre Zuchthaus, weil sie einen niedergeschossenen Polizisten durch Faustschläge und Fußtritte ins Gesicht schwer mißhandelt hatte.

Bei einer Besprechung kommunistischer Führer im Fraktionszimmer der Kommunistischen Partei Deutschlands im Landtagsgebäude zu München wurde der frühere Polizeipräsident der Münchener Räterepublik, Köberl, verhaftet. Er wird beschuldigt, an der Herstellung des Flugblattes, das die Arbeiter Bayerns zum Generalstreik aufgerufen hatte, beteiligt zu sein.

In Marggrabowa wurde von der Schutzpolizei ein kommunistisches Waffenlager von mehreren Maschinengewehren und einer größeren Anzahl Gewehren mit Munition entdeckt. Im Anschluß daran wurden mehrere Kommunisten verhaftet.

Die Nürnberger Polizei verhaftete gestern auf dem Hauptbahnhof einen jungen Burschen, der von Amberg eintraf und in einer Kiste fünf Kilo Sprengstoff mit sich führte. Es wurde festgestellt, daß er Mitglied der kommunistischen Jugendpartei ist und im Auftrage seiner Partei gehandelt hat. Die Fremdenkontrolle der Sicherheitswehr am Bahnhof ist entsprechend verschärft worden. In den letzten Tagen wurden in kommunistischen Kreisen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Bayern und die Entwaffnungsfrage.

Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Gegenüber unrichtigen Darstellungen, die in der bayerischen Presse in den letzten Tagen über den Besuch des Vizekanzlers in München verbreitet waren, wird folgendes festgestellt: Die Reichsregierung hielt bei der Wichtigkeit der Sache zur Unterstützung und Ergänzung ihrer schriftlichen Mitteilung in der Entwaffnungsfrage eine mündliche Aussprache mit dem bayerischen Ministerpräsidenten für notwendig. Infolgedessen ließ sie am Dienstag abend durch ihren ständigen Vertreter, Graf v. Zech, anfragen, ob eine solche Besprechung des Vizekanzlers mit dem Ministerpräsidenten am Donnerstag stattfinden könne. Nachdem dies festgestellt war, ließ die Reichsregierung durch den Grafen v. Zech am Mittwoch ferner den Wunsch übermitteln, ob es möglich wäre, der Besprechung mit Herrn v. Kahr auch eine Aussprache im Ministerrat folgen zu lassen. Als der bayerische Ministerpräsident hierbei verfassungsmäßige Bedenken gegen die Teilnahme eines Reichsministers an einer bayerischen Kabinettssitzung geltend machte — die von der Reichsregierung nicht in Rechnung gestellt waren, weil sie selbst in wichtigen Angelegenheiten wiederholt mit Ministern der Länder zusammen getagt hat und auch an preußischen Kabinettssitzungen wiederholt Reichsbeamte teilgenommen haben — hat Graf v. Zech sofort eine zwanglose Zusammenkunft mit den Ministern vorgeschlagen. Das Ersuchen der Reichsregierung um die Besprechungen ist also in gehöriger Form vorher übermittelt worden. Das von Dr. Heinze überbrachte Schreiben enthielt in dieser Hinsicht nur noch die Vollmacht für ihn. Dr. Heinze reiste am Mittwoch abend nach München ab, nachdem die Zusammenkunft mit dem Ministerpräsidenten v. Kahr gesichert war. Am Donnerstag morgen fand eine eingehende Besprechung des Vizekanzlers mit dem Ministerpräsidenten statt. Dr. Heinze entwickelte und begründete dabei unter Berücksichtigung aller Umstände den Standpunkt der Reichsregierung in der Entwaffnungsfrage. Nach Beendigung der Unterredung trug er den Wunsch nach einer Besprechung im bayerischen Ministerrat vor und regte, falls dagegen Bedenken beständen, auch seinerseits eine zwanglose Zusammenkunft an. Herr v. Kahr erklärte, daß er diese Frage zunächst dem bayerischen Kabinett unterbreiten müsse. Jedenfalls werde er seinerseits dem Kabinett die Darlegung, die der Vizekanzler gemacht habe, in loyalster Weise übermitteln. Am Abend reiste der Vizekanzler entsprechend seiner vorherigen Mitteilung nach Berlin zurück.

*

Die Pariser Botschafterkonferenz hält die Gefahr einer terroristischen Bewegung in Bayern für nicht größer als im übrigen Deutschland und spricht der bayerischen Regierung deshalb das Recht ab, sich der Entwaffnung seiner Einwohnerwehren zu widersetzen. Man wird jedoch eine direkte Auslieferung ablehnen und eine besondere Note nach Berlin richten.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Ueber den Stand der Regierungsbildung in Preußen hören wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Demokratische Fraktion des preußischen Landtages steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Fortsetzung der bisherigen Koalition in Preußen nach dem Wahlergebnis vom 20. Februar nicht möglich ist. Ebensowenig ist die Demokratische Fraktion bereit, sich etwa wie im Reich an einer Minderheitsregierung mit Zentrum und Deutscher Volkspartei zu beteiligen. Maßgebend dabei ist für sie vor allem der Gesichtspunkt, daß eine Minderheitsregierung der notwendigen Kraft und Stärke naturgemäß entbehren muß, zumal gegenüber einer derartigen Regierungsbildung in Preußen schwerlich mit derselben wohlwollenden Neutralität der Mehrheitssozialdemokratie gerechnet werden kann, durch die die gegenwärtige Regierung im Reiche allein ermöglicht worden ist. Um der kommenden preußischen Regierung die notwendige Autorität zu verschaffen, ist es vielmehr notwendig, daß sie sich auf eine zuverlässige Mehrheit im Parlament stützen kann und daß sich diese Mehrheit auf ein gemeinsames Aktionsprogramm einigt und verpflichtet. Die selbstverständliche Grundlage dieses Programms muß die verfassungsmäßig festgelegte und demokratische Staatsordnung sein. Es kann angenommen werden, daß auch die Mehrheitssozialdemokratie an ihrem prinzipiellen Widerstand dagegen, mit der Volkspartei eine gemeinsame Regierung zu bilden, nicht festhalten wird, wenn sich in dieser Hinsicht eine befriedigende Lösung finden läßt. Es zeigt sich jetzt aufs deutlichste, wie sehr die innerpolitische Lage dadurch erschwert wird, daß sich die Volkspartei in ihrer Agitation für die auch ihrer Ansicht nach gar nicht aktuelle Frage der Monarchie festgebissen hat. Mit dieser monarchistischen Propaganda lassen sich gewiß vorübergehend ganz gute Wahlgeschäfte machen. Die notwendige Konsolidierung unserer politischen Verhältnisse wird dadurch aber verhängnisvoll erschwert. Die Staatsautorität kann nur von denen gestützt werden, die aus innerer Ueberzeugung der neuen Staatsordnung zu dienen bereit sind. Es wird Sache der Volkspartei sein, das in dieser Hinsicht ihr gegenüber bestehende Mißtrauen der anderen Parteien aus der Welt zu schaffen.

Auslands-Rundschau.

Vom griechisch-türkischen Kriegsschauplatz. Das Ringen bei Eskischehir dauert an. Die griechischen Truppen sind in die Defensive gedrängt und haben Boden verloren. Nach dem griechischen Bericht sollen die griechischen Soldaten sehr ermüdet und moralisch erschüttert sein. Zahlreiche Deserteure und Verwundete strömen nach Brussa, wo Verstärkungen erwartet werden. Nach den letzten Nachrichten ist die Nordgruppe der griechischen Armee in vollständiger Auflösung. Die türkische Armee, die Beledschik besetzt hat, nützt ihren Vorsprung nicht aus. — „Haras" meldet aus Konstantinopel: Obwohl die Möglichkeit eines griechischen Vormarsches nach Angora augenblicklich nicht besteht, wurden Vorbereitungen zur Verteidigung der Stadt getroffen.

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung". Donnerstag, 7. April. Inhalt: Das Geheimnis des Schränkchens. Roman von Stevenson. — Begegnung. Von Richard Riß. — Theater im Reich. — Literatur.

Ein Blick in Deutschlands Zukunft.

Stromers Zahlengesetze und Geschichtsberechnung.

Von

Paul Berglar-Schröer.

(Nachdruck verboten.)

Wir betonen ausdrücklich, daß wir dem neuen Buch von Dr. Max Kemmerich keinerlei Bedeutung beimessen. Kemmerich, dessen erste Werke durch ihren Witz und ihre Schlagfertigkeit auffielen, hat sich in ein Gebiet verstiegen, das alte Wahrsagerinnen zu beackern pflegen. Der Leser mag sich an Hand der Schilderung unseres Mitarbeiters Berglar-Schröer selbst ein Urteil bilden über Kemmerichs Kombinationen.

In tollem Wirbel überstürzen sich bei uns die Ereignisse. Was morgen ist, übers Jahr sein wird, — wer will die Antwort geben?! Und da kommt nun einer her und berechnet die Zukunft! Auf Jahrzehnte gleich! . . . Der zünftige Wissenschaftler, zumal der Historiker, rückt energisch an seiner Brille. Läßt dann schwer die Hand fallen. Das bedeutet: Quod non! Gibts nicht! Es ist scharfe Ablehnung oder ein spottsüchtiges Lächeln. Dem aber, der nicht an der Singularität der historischen Ereignisse klebt, der in allem Geschehen den Geist des Goethewortes spürt: „Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis," der einmal über den tieferen Sinn des Ben-Akiba-Spruches nachdenkt, — dem wird diese Zukunftsrechnung nicht so ganz lächerlich erscheinen. Es wird aus vorliegenden Zeitereignissen rückschließend Vergleiche ziehen, wird, das steht fest, ganz merkwürdige Parallelitäten finden. Warum sollte sich aus zwei inhaltlich gleich gelagerten Geschehenskomplexen nicht unter gleichen Voraussetzungen auf einen dritten schließen lassen?! Das ist das Problem, um das sich Friedrich Freiherr von Stromer-Reichenbach ernstlich müht und das zum ersten Male dem Allgemeinverständnis näher gebracht wird durch den bekannten Kulturhistoriker Dr. Max Kemmerich (München). So schmalbrüstig sein Werkchen „Die Berechnung der Geschichte und Deutschlands Zukunft" immer ist, so interessant, so frappierend und kühn ist es auch. Kemmerich und Stromer formen die Frage nach der Möglichkeit, Zukünftiges vorauszusagen, also zu „prophezeien" zu einem eben so entschiedenen Ja, wie der exakte Wissenschaftler sie verneinen wird.

Dieses Nein hat seine Gründe in der allgemeinüblichen Auffassung von der Willensfreiheit und von der Singularität der historischen Ereignisse. Macht man den freien Willen zum Ausschlaggebenden, haftet man am Einzelfall: Cäsar ist nur ein einziges Mal ermordet worden und es gibt nur einen Napoleon: dann freilich erscheint eine Berechnung zukünftiger Ereignisse ausgeschlossen. Andere indes, wenn man wie Kemmerich-Stromer der Ansicht ist, daß zwar jedes Ereignis singulär ist, aber keineswegs individuell! Etwa so: Cäsar wurde nur einmal ermordet, der leitende Staatsmann aber oft! Oder: Es gibt nur einen Napoleon; aber wiederholt geniale Staatsmänner und Feldherren, die aus eigner Kraft die Staatsgewalt usurpierten und damit Revolutionen beendeten! — Der Einwand der Singularität erscheint also nicht ganz stichhaltig. Wie steht es nun mit der Willensfreiheit? Diese Frage bewegt die Menschheit seit unvordenklicher Zeit; durch Selbstbeobachtung ist sie nicht zu lösen. Denn wenn wir auch das Bewußtsein haben, daß wir in jedem Falle anders hätten handeln können, falls wir nur wollten, so wissen wir doch nicht, ob wir jemals anders hätten wollen können! Das aber ist das Entscheidende! Hier liegt nach Kemmerich eine Verwechselung der psychologischen Freiheit, d. h. der Fähigkeit, unsere Handlungen ausschließlich von unserem Willen abhängig zu machen, mit der metaphysischen Freiheit vor. Daraus würde folgen, daß wir zwar eine gewisse Eigenfreiheit besitzen, in der wir uns bewußt bewegen, daß diese Eigenfreiheit aber — uns vielleicht unbewußt — in der großen Bestimmungsfreiheit eines Weltenlenkers, also in der metaphysischen Freiheit gleichsam eingebettet ist, daß also zum mindesten die großen Etappen unseres Lebensweges festgelegt sind.

Was für den Einzelnen gilt, muß auch für die Allgemeinheit, muß für die Völker gelten. Spengler beantwortet daher die Frage, ob das Schicksal ganzer Völker in bestimmten und berechenbaren Bahnen verläuft, unbedingt bejahend. In seinem berühmten „Untergang des Abendlandes" sieht er „unter Verzicht auf jede Kausalität, rein phänomenologisch vorgehend, in den kulturen Organismen, die wie Menschen, Tiere und Pflanzen nach bestimmten, uns zum Teil unbekannten Gesetzen gedeihen und vergehen. Was ein Napoleon und ein Bismarck schufen, hätte auch ein anderer zuwege gebracht; denn jede Kultur, jede Nation bringt eben in der entsprechenden Periode den erforderlichen Mann hervor. Dieser ist lediglich ein Mittel zur Verwirklichung der transzendentalen Zwecke". Auf Grund dieser Anschauung berechnet Spengler die Zukunft abendländischer Kultur mit dem bekannten Resultat. Man wird eine derartige Berechnung verständlich finden, wenn man die innere Gesetzmäßigkeit alles Geschehens erkennt. Es ist immer dasselbe Bild: Aufstieg — Kulmination — Abstieg! Das sieht man rückwärtsschauend klar in den einzelnen Kulturkreisen. In Griechenland, in Rom, im spanischen Kreise usw. Es gehört gar nicht einmal so außerordentlich viel dazu, empirisch vorgehend Parallelen zu ziehen: Wie in den genannten Kulturkreisen der Kulminierung der Abstieg folgte, so wird auch im deutschen Kreise zwangsläufig der Abstieg erfolgen! Es kommt nur darauf an, das Allgemeine aufs Spezielle umzuprägen.

Hat man einmal den Standpunkt gewonnen, daß die Willensfreiheit im Verhältnis zum großen Geschehen eine minimale ist und daß alle bedeutungsvollen Ereignisse unentrinnbar feststehen, dann haben die Zahlengesetze Stromers etwas, fast möchte man sagen, unheimlich Zwingendes. Stromer-Reichenbach teilt die alte Welt in acht Völkerkreise, deren politische Geschichte sich in der Richtung des Uhrzeigers folgt: 1. der griechische, 2. der der italienische, 3. der iberische, 4. der britische, 5. der keltische, 6. der teutonische, 7. der slavische und 8. der mongolische. Wenn nun in ein und demselben Völkerkreise zwei aneinander entsprechende Ereignisse A und B sich im Abstand von drei Jahrhunderten folgen, dann darf man mit ziemlicher Sicherheit nach weiteren drei Jahrhunderten ein ähnliches Ereignis C erwarten, das das Wesentliche aus A und B in sich beschließt. Stromer nennt dies das „Gesetz des internen Parallelismus". Als Beispiel führt er an: Aus der böhmischen Revolution 1318 und 1618 konnte man auf die dritte Revolution i. J. 1918 schließen, was nebenbei erwähnt Stromer bereits vor Jahren voraussagte. — Wenn aber innerhalb der nächsten Völkerkreise im selben Abstand solche Ereignisse A und B folgen, so ist im weiteren übernächsten Völkerkreise das dritte Ereignis C sehr wahrscheinlich. Das ist das „Gesetz des externen Parallelismus". Nehmen wir z. B. die Kreise 2 und 1, also den italienischen und den britischen, dann entspricht diesen der 6. Kreis, der teutonische. Angewandt ließ sich mithin aus der revolutionären Bewegung in Italien (A) in der ersten Hälfte des Jahrhundertes und der in England (B) des 17. Jahrhunderts eine solche (C) in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland erwarten! Wenn entweder der interne und der externe Parallelismus zusammentreffen, der wenn beim externen Parallelismus die analogen Ereignisse A und B im Abstand von etwa eineinhalb Jahrhunderten in zwei einander unmittelbar benachbarten Völkerkreisen stattfinden, ist nach Stromer und Kemmerich diese Wiederholung völlig sicher!

Auf Grund solcher Zahlengesetze war es Stromer möglich, „aus der Tatsache, der französischen und der englischen Revolution im Abstand von etwa eineinhalb Jahrhunderten von der ersten und etwa drei Jahrhunderten von der zweiten auf eine große deutsche Revolution zu schließen, die in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts zum Ausbruch kommen mußte!" Kemmerich fragt dann: Welche Schlüsse er-

Sport der „Saale-Zeitung".

Das Turnen des weiblichen Geschlechts.

Mit Anfang 1921 vollzogen sich 25 Jahre, seitdem das Frauenturnen im Hallischen Turnverein und somit in Halle eingeführt wurde. Verhältnismäßig spät gegen andere Städte, die um diese Zeit schon vieljährige Erfahrungen und Großes auf dem Gebiet des Frauenturnens erreicht hatten. Vorurteile und andere Schwierigkeiten werden in Halle nicht gesehen haben. Es ist deshalb um so erfreulicher, daß die Gegenwart das Versäumte nachholt resp. nachholen will durch intensivere Arbeit und Anregung. Heute rechnen wir mit der Tatsache, daß das weibliche Geschlecht der Pflege turnerischer Leibesübungen mehr bedarf als das männliche Geschlecht. Besonders die Blutarmut, Bleichsucht und dergl. sind Uebel die bei einer regelmäßigen und systematischen Körperübung, wie das Turnen sie bringt, vielfach in Fortfall kämen. Auch hier mußte man auf die Vorbilder früherer Zeiten zurückgreifen. Aber auch in späteren und näher liegenden Zeiten sehen wir Pädagogen der Kulturländer bemüht, die Körperpflege der Frauen durch gymnastische Uebungen zu fördern und als eine Lebensnotwendigkeit hinzustellen. Die eigentliche Wiege unseres Mädchen- und Frauenturnens ist die Schweiz, von dort griff das Turnen auch nach Deutschland über, wurde Schulgegenstand, obligatorisch und errang im Laufe der Zeit allseitig anerkannte, pädagogische und hygienische Wertschätzung. Interessant ist es, die Umwandlung von einst und jetzt im Wesen und Betrieb zu verfolgen: Zuerst natürliche Bewegungen und systematische Freiübungen einfachster Art. Aber bald hieß es allgemein in fachmännischen Kreisen, daß das Mädchenturnen nicht ausreichend betrieben werde, wenn es nur aus Frei- und Ordnungsübungen bestände und das Geräteturnen sei für das Turnen des weiblichen Geschlechts unumgänglich nötig, natürlich unter Rücksichtnahme auf die schwächere Muskulatur des Geschlechts. Sagte doch schon Goethe: „Willst du schon zierlich erscheinen und bist noch nicht sicher, — vergebens! Nur aus vollendeter Kraft blühet die Anmut hervor!" Jahre, Jahrzehnte sind seitdem vergangen und nicht nur in den Schulen und Turnlehrerinnen-Bildungskursen, sondern auch in den Vereinen ist emsig am Ausbau des Frauenturnens gearbeitet worden. Die Vielseitigkeit konnte man am deutlichsten bei dem letzten Deutschen Turnfest in Leipzig, an dem Tausende von Turnerinnen aller Altersstufen teilnahmen, erkennen. Herrliche Erfolge wurden schon erzielt, aber noch immer stehen weitere Tausende abseits jeder geregelten Körperübung und genießen somit nicht die Vorteile eines durch Körperübungen gestählten Körpers. Professor Dr. E. Angerstein, ein Fachmann, sagte einst: „Die Frauen, die von ihrer Kindheit an bis zum Alter der Reife tüchtig geturnt und sich dadurch gesund entwickelt haben, werden auch die Mütter gesunder Kinder werden."

Das Leben der Generationen, die Zukunft eines Volkes hängt zum großen Teil von der Erziehung der Mädchen ab! Sollte dieser Ausspruch, in unserer Zeit nicht jeden veranlassen, darüber mit vollem Ernst und mit Verantwortung nachzudenken? Nur der Entschluß zur Tat muß gefaßt werden! Drum heran ihr Mütter mit euren Töchtern, heran ihr Frauen und Jungfrauen, zeigt, daß ihr die Aufgabe der Zeit begriffen habt und wendet euch an die Turnvereine, die euch mit offenen Armen in den Ring ihrer Scharen aufnehmen werden; euch über die ersten Klippen hinweghelfen und sich auch später als gute Kameraden erweisen werden. Der turnerische Wahlspruch der vier „F" und „Gut Heil!" hat noch jeden bis ins hohe Alter hinein beglückt und erfreut. Drum ihr Eltern, wollt ihr aus euern blühenden Töchtern blühende, frische Gestalten heranwachsen sehen, so führt sie zum Turnen und wenn im Sommer dieses Jahres das große Turnfest der Hallischen Turnerschaft stattfindet, dann könnt ihr selbst erkennen, welche körperlichen Vorteile das Turnen euren Kindern gebracht hat.

Ein Wettauftrag aus der Luft.

Nach dem dritten Rennen am Sonntag in Karlshorst wurde aus einem über dem Rennplatze kreisenden Flugzeug, an einem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210406039/fragment/page=0002

anwalt Mosler und Frau Regierungsrat Grafe. An Stelle der durch ihren Fortzug ausgeschiedenen Frau Präsident Exzellenz Seydel wurde Frau Major Köhler zur ersten stellvertr. Vorsitzenden und an deren Stelle Frau Bankdirektor Goetherr zur zweiten stellvertr. Vorsitzenden gewählt. Aus dem Jahresbericht möchten wir erwähnen, daß die für den Trovendienst besonders ausgebildeten Schwestern in Südwestafrika unbehindert weiter arbeiten dürfen. Außerdem sind wieder Schwestern tätig in Lima (Peru), in Buenos Aires und in Tsingtau. Die Zahl der Mitglieder der Abt. Halle beträgt gegenwärtig 353, und war etwas mehr als vor dem Weltkriege.

Aus dem Zoologischen Garten. Auch die Mufflons haben, wie alljährlich, wieder ihre Nachkommenschaft erhalten. Es sind drei Jungtiere, die ihre übermütigen Sprünge im Gehege machen. Das Mufflon stammt von den Mittelmeerinseln Sardinien und Korsika, wo es die Felsen bevölkert, denn es ist, wie alle Wildschafe ein gewandter Kletterer. Heute ist aber auch das Mufflon in seinen Beständen stark vermindert oder degeneriert, denn es mischte sich mit den von der Bevölkerung der Inseln halbwild gehaltenen Hausschafen. Besonders der Bock mit seinem starken, gewundenen Gehörn und seinem hübschen Fell, ist ein prächtiges Wild. Und an verschiedenen Stellen Deutschlands, so im Harz, Taunus und neuerdings im Riesengebirge, hat man Mufflons mit gutem Erfolge ausgesetzt. Diese Bereicherung unserer heimischen Tierwelt ist zu begrüßen, zumal das Mufflon weder der Landwirtschaft noch der Forstwirtschaft irgend wie schädlich wird.

Jubiläum. Am 1. April konnte der jetzige Inhaber der Firma Albin Hentze, Schmeerstraße 24, auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. In einigen Jahren wird das Geschäft das 100jährige Bestehen feiern. — Herr Alphons Hentze ist seit 25 Jahren auch Leser unserer Zeitung.

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Stadttheater. Heute Mittwoch, abends 7 Uhr wird die Operette „Wenn Liebe erwacht" von Künneke gegeben. Donnerstag „Menagerie", Freitag gelangt nicht wie bereits angekündigt „Hamlet", sondern Richard Wagners „Fliegender Holländer" zur Aufführung. Die für „Hamlet" gelösten Eintrittskarten können bis Freitag abend an der Kasse zurückgegeben oder gegen andere Karten umgetauscht werden. Sonnabend kommt die Operette „Drum prüfe, wer sich ewig bindet (Don Pasquale) von Donizetti zur Wiederholung. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Als ich noch im Flügelkleide", Sonntag abend „Undine".

Freie Volksbühne Halle. 5. Werk (Uriel Acosta). Anfang 7 Uhr. Spieltage: E: Mittwoch, den 6., F: Sonnabend, den 9., G: Dienstag, den 12., H: Donnerstag, den 14., J: Sonnabend, den 16. April.

Paul Bender-Konzert. Das für morgen angesetzte Bender-Konzert findet der bekannten Umstände halber am 19. April statt.

Konzert im Festsaal der Landesheil- und Pflegeanstalt Nietleben. Am Sonntag, den 3. April, fand in Nietleben unter der bewährten Leitung von G. Ohser (Halle) ein Konzert statt. Von Fräulein Graupner wurden Werke von Beethoven, Liszt und Brahms zu Gehör gebracht. Fräulein Tschaschel erfreute die Zuhörer durch die Wiedergabe einiger Sonaten für Violine. Unsere einheimischen Sängerinnen Frl. Elisabeth Münscher, Lisa Steinhauf, Helma Baer, Martha Schick, A. Bank und Frau Dr. Kleemann hatten sich zu einem Doppelterzett vereinigt und brachten je 3 Terzette von Hiller und Hoffmann — letztere zum 1. Male in Halle — mit gutem Geschmack und harmonischem Zusammenklang zum Vortrag. Besondere Freude löste das weitere Terzett von Nagler: „Mein Hansel" aus. Die Zuhörerschaft dankte herzlich durch reichen Beifall. A. K.

Roux' Nachfolger.

Privatdozent Professor Dr. med. et phil. Hermann Stieve-Leipzig hat den Ruf auf den anatomischen Lehrstuhl der Universität Halle als Nachfolger von Geheimrat Roux angenommen.

Kunst und Wissenschaft.

Professor Einstein in New York eingetroffen. Professor Einstein, welcher die zionistische Delegation zum Zwecke der Errichtung einer jüdischen Universität in Jerusalem nach Amerika begleitet, ist in New York eingetroffen. Am 10. April findet eine große Empfangsfeier in der Metropolitan-Oper statt.

Dramaturgische Zentrale. Die Dramaturgische Zentrale, bisher Heidelberg, ist infolge Herausgabe der Halbmonatsschrift „Die Krone" durch Dr. E. Wachler gleichfalls nach Dresden verlegt worden. Diese Lesestelle für Bühnenwerke prüft Dramen aller Art, gedruckte und ungedruckte, und veröffentlicht ihre Gutachten gegebenenfalls. Insbesondere ist sie dazu bestimmt, echten Begabungen den Weg in die Oeffentlichkeit zu bahnen. Als Lektoren wirken Dr. Ernst Wachler, der Begründer und langjährige Leiter des Harzer Bergtheaters, und Kurt Hosel. Näheres durch Dr. Wachlers Dramaturgische Zentrale, Dresden A., Krenkelstr. 19.

Dr. Kunwald als Opernd irigent in Königsberg. Dr. Ernst Kunwald, der sich in Königsberg in den Symphoniekonzerten des städtischen Orchesters und der Singakademie schnell eine dominierende Stellung erobert hat, hat unlängst auch als Opernd irigent im Stadttheater Triumphe gefeiert. In einer aufs sorgfältigste vorbereiteten, wahrhaft inspirierten Aufführung des „Tristan" — zur Eröffnung der Ostermesse und mit Dresdener Gästen (Eva v. d. Osten, Vogelström und Plaschke) — erwies er sich, nicht am wenigsten durch seine souveräne Beherrschung des Orchesterapparates, als berufener Interpret des Wagnerschen Musikdramas.

Hochschulnachrichten.

Der Abteilungsvorsteher am hygienischen Institut der Universität Marburg Dr. Hans Schlosberger ist zum planmäßigen wissenschaftlichen Mitglied des Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M. ernannt worden. — Dem Privatdozenten an der Marburger Universität Prof. Dr. Arthur Schwantke ist ein Lehrauftrag zur Vertretung der praktischen Mineralogie und Petrographie erteilt worden. — Der Privatdozent an der Universität Bonn Prof. Dr. Johann Oswald Müller hat einen Lehrauftrag zur Vertretung der höheren Algebra, der Zahlentheorie und der Wahrscheinlichkeitsrechnung erhalten. — Versetzt worden sind der o. Prof. für römisches und deutsches bürgerliches Recht Geh. Justizrat Dr. A. Manigk von Königsberg an die Universität Breslau als Nachfolger des Geh. Justizrates R. Leonhard und der Ordinarius für romanische Philologie Prof. A. Hilka von Greifswald an die Universität Göttingen als Nachfolger Stimmings. — In Breslau starb der Talmudforscher Dr. S. Horowitz, Dozent am dortigen jüdisch-theologischen Seminar.

Für das neuerrichtete Extraordinariat für Zahnheilkunde an der Universität Bonn ist der dortige Privatdozent Prof. Dr. Alfred Kantorowicz ausersehen. — Dem Vernehmen nach wurde zum Nachfolger des Professors D. Fr. Spitta auf dem Lehrstuhl des Neuen Testaments an der Universität Göttingen der o. Professor D. Walter Bauer ebenda ernannt. — Der Privatdozent für Chirurgie und Assistenzarzt an der chirurgischen Klinik der Universität Gießen Dr. Wilhelm Gundermann ist zum außerplanmäßigen a. o. Professor daselbst ernannt worden. — Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Karlsruhe haben auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Elektrotechnik dem Geheimen Kommerzienrat Felix Deutsch, Vorsitzender des Direktoriums der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Förderung der deutschen Elektrotechnik an der Spitze einer der größten Unternehmungen der Welt die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. — In München starb der a. o. Professor für semitische Philologie an der dortigen Universität Dr. theol. et. phil. Ernest Lindl im Alter von 49 Jahren.

Vermischtes.

Grauenhaftes Elend in Wien. Man berichtet dem „N. W. T." über einen ungewöhnlichen Fall von Elend der Familie eines österreichischen Kriegsinvaliden, die in einer elenden Baracke zu hausen gezwungen ist. Dort wurde dieser Tage das jüngste Kind, als die Mutter Besorgungen hatte und der Säugling mit dem größeren vierjährigen Knaben allein blieb, von Ratten angenagt. Der Mann, Leopold Drizkal mit Namen, erlitt im Kriege einen Beinschuß und einen Kopfschuß auf den Kopf, wäre aber gleichwohl befähigt, leichte Arbeit zu verrichten. Die Frau ist kräftig und könnte arbeiten, wenn es ihr gestattet würde, das jüngere sieben Monate alte Kind zur Arbeit mitzunehmen. In diesem Falle könnte sie auch eine Beschäftigung als Bedienerin annehmen. Derzeit wohnen die unglücklichen Menschen in einem feuchten, auf Lehmboden stehenden Holzbau, doch sollen sie auch dieses elenden Obdaches verlustig werden, weil der Raum für Werkstättenzwecke gebraucht wird. Es mangelt den Leuten, die alle Kleidungsstücke schon ins Versatzamt getragen haben und für den armseligsten Lebensmitteleinkauf schon 17 000 Kronen schulden. Und indessen jaucht es auf der Kärntner Straße in allen Schiebertönen! Das ist der „wahre" Heldentod!

Mord auf einem amerikanischen Dampfer. An Bord des im Bremer Hafen liegenden amerikanischen Dampfers „Deranoff" hat der zweite Offizier Gowan seinen Kapitän niedergeschossen. Der auf Veranlassung des amerikanischen Konsulats in vorläufige Haft genommene Offizier gehörte seit neun Monaten zur Besatzung des Dampfers und gibt an, er sei von dem Kapitän stets unfreundlich behandelt worden. Der Kapitän ist in das Diakonissenhaus geschafft worden und dort gestorben. Der Dampfer liegt noch im Hafen und hat seine Flagge halbstock gesetzt.

Der gestohlene Staatsanwalt. Nicht einmal Staatsanwälte sind heute vor den Verbrechern sicher. So wurde in Berlin dem Ersten Staatsanwalt Lunde eine peinliche Ueberraschung in seiner Wohnung in der Kolonie Grunewald zuteil. Der Staatsanwalt hatte in seiner Wohnung eine Konfirmationsfeier veranstaltet, an der mehrere Staatsanwälte, Richter und höhere Kriminalbeamte teilnahmen. Nach der Feier wurden die Teilnehmer gewahr, daß in der Zwischenzeit Einbrecher der Wohnung einen Besuch abgestattet hatten. Die Täter waren mit einem Nachschlüssel in das Schlafzimmer eingedrungen und hatten hier Schmucksachen und Geld gestohlen. Von den Dieben fehlt vorläufig jede Spur.

Selbstmord einer russischen Gräfin. Vor dem Kriege war die russische Gräfin Alexandrowska Twartowska eine der reichsten Frauen des Landes. Der Bolschewismus brachte sie um ihren gesamten Besitz, so daß sie schließlich in Wien als Filmschauspielerin ihren Lebensunterhalt verdienen mußte. Kürzlich saß sie dort mit einem Attache im Speisesaal eines bekannten Hotels. In der Unterhaltung wurde sie sich ihm zu mit den Worten: „Wenn du mich nicht willst, dann töte ich mich." Gleichzeitig krachte ein Schuß und die Gräfin sank tot zu Boden.

Das Zeugnis. Ein Schlächtergeselle war entlassen, weil er häufig seinem Meister Knochen zeitweilen und für seine Rechnung verkauft hatte. Um dem Entlassenen nicht durch ein schlechtes Zeugnis das Fortkommen zu erschweren, schrieb er: „War treu und ehrlich bis auf die Knochen!" („Lustiges Blatt.")

Ihre Kochkunst. Freund: „Nun, was treibt Ihr denn in den Flitterwochen?" — Junger Ehemann: „O, wir haben immer sehr viel Spaß. Meine Frau kocht, und ich muß dann beim Essen stets raten, was es sein soll!" (Universum.)

Familien-Nachricht.

Statt besonderer Anzeige.

Heute vormittag 8¼ Uhr entschlief nach kurzem, schweren Leiden unser herzensguter Vater, Schwieger- und Grossvater

Herr Techn. Eisenbahnbetr.-Sekr.

Karl Kohlwage.

in tiefem Schmerz namens der trauernden Hinterbliebenen

Magda Haasler geb. Kohlwage,
Prof. Dr. Haasler.

Halle a. S., den 5. April 1921.

Die Trauerfeier und Einäscherung findet Freitag, den 8. April, nachm. 3½ Uhr, in der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt.

Schwab, Noelle & Co.
Bankgeschäft Essen-Ruhr
Telegramm-Adr.: Schwanobank.
Fernsprechanschlüsse:
Für d. Orts- u. Bezirksverkehr 7325 7326 7328 8176
Für Fernverk. 7320-7324. Düsseldorfer Börse 15194

Zum Anlagetermin.

Wir sind zurzeit freibleibend Abgeber für folgende Obligationen:

4½%	102	rückz.	Adler Kohle Obligationen	97	%
4½%	103	„	Concordia Bergbau	99½	%
4½%	103	„	Graf Bismarck	101	%
4½%	103	„	Hermann I/III	97½	%
4½%	102	„	Riebeck Montan	96½	%
4½%	103	„	Wintershall	101	%
5 %	103	„	Bismarckschall	101	%
5 %	103	„	Blankenburg	101	%
5 %	102	„	Heringen	99½	%
5 %	102	„	Humboldt Maschin.	98½	%
5 %	102	„	Kaiseroda	99½	%
5 %	102	„	Lothringer Hütte	101½	%
5 %	102	„	Walter	101	%

!!! Sommersprossen !!! verschwinden !
Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit Frau Elisabeth Frucht, Hannover 47. Schliessfach 238.

Frau Dr. med. Grein-Bäumer
Aerztin für Frauen und Kinder, hält vorläufig keine Sprechstunde ab.
Vertretung: Dr. Grein, Martinsberg 4
Sprechstunde: 7½—9½, 5—6.

Als Hebamme
empfiehlt sich
Frau Dr. Löffler, Reilstr. 28.

Treibriemen
v. Dolffs & Seile, Braunschweig
Bedeutende Ledertreibriemen-Fabrik.

Ganze Namen od. Vornamen
läßt zum Zeichnen von Wäsche nimm, weben rote Schrift auf weißen Bande: H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

MARMOR
in allen Farben, für jeden Zweck
Albert Stier, Halle
Fernsprecher 4300

Metallbetten
Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an Jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik, Gust. i. Thür.

Zum Schulanfang
empfehle:
Schultornister
Schultaschen
Schiefertafeln
Schiefertafelkasten
Frühstückstaschen
Schultüten
sowie sämtliche
Schulartikel
nach Vorschrift.
Albin Hentze,
24. Schmeerstr. 24.

Bekanntmachung
betreffend die Immatrikulation auf hiesiger Universität für das Sommersemester 1921.

Für das am 15. April d. Js. beginnende und bis zum 15. August d. Js. dauernde Sommersemester werden die Anmeldungen in der Zeit vom 15. April bis 6. Mai. vormittags von 9—11 Uhr, im Universitätssekretariat. An der Universität 10 I, Zimmer 85, entgegengenommen. Vorzulegen sind hierbei die für das gewählte Studium erforderlichen Vorbildungsausweise u. nötigenfalls polizeiliche Führungszeugnisse oder militärische Ausweise. Nähere Bedingungen sind dem Vorlesungsverzeichnis vorangedruckt und auch im Universitätssekretariat einzusehen.

Halle, den 1. April 1921.

Der Rektor der Universität
Meuzer.

Geschlechtsleiden
all. Art. auch chron. Behandl. d. seit viel. Jahr. sich gut bewährt. Timm's Kräuterkuren, o. Spritzen, o. Quecks. und o. Salv., o. Berufsstör. Viele Dankschreiben. Ausführl. Broschüre gegen Mk. 1.50 versendet diskr. Dr. M. A. Hauelser, Hannover, Braunschweig. Str. 2.

Wratzke u. Steiger, Hoflieferanten, Poststr. 9/10.
Juwelen — Gold — Silber.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210406039/fragment/page=0003